

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Bestellgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Kottbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Anserte
pro vierpaltige Beilage 30 Pf.,
Stellengeld 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 20 Pf., Verjam-
lungsmittel 10 Pf. Privat-
angelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 39.

Berlin, den 22. September 1906.

22. Jahrgang.

Kollegen! Kolleginnen! Meidet Berlin, Leipzig und Stuttgart!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Da das Verbandsplakat nunmehr fertiggestellt ist, so kann der Verband desselben vor sich gehen. Die Bevollmächtigten wollen daher die Anzahl der Plakate, welche sie benötigen, angeben, damit wir ihnen dieselben zustellen können. Der Anhang der Plakate ist für die Herbergen und Verkehrslokale der Arbeiterschaft gedacht, wo sie werbend für unseren Verband wirken können.

2. Der nächsten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ werden die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt beigelegt. Wir bitten die Zahlstellen- und Gaubevollmächtigten, dieses beachten zu wollen. Die Karten sind in den ersten Tagen des Oktober auszufüllen und sofort an uns retour zu geben.

3. Um es den mit der Führung der Kassengeschäfte betrauten Funktionären zu ermöglichen, pünktlich mit Quartalschluß abzurednen, ergeht an alle Mitglieder das dringende Ersuchen, die rückständigen Beiträge unverzüglich zu begleichen.

Der Verbandsvorstand.
S. A.: Roth.

Kapitalistische Wohlfahrtspflege.

1. Eine alte Anekdote erzählt von einem besonders schlauen Manne, der den Schwanz seines Hundes stückweise amputierte, damit er dem armen Tiere nicht zu viel Schmerzen auf einmal bereite. Mit diesem vom Gefühle edelster Schonung und Humanität diktierten Beginnen läßt sich zuweilen das psychologische Motiv vergleichen, von welchem viele der heutigen Unternehmer an die Lösung des Kapitels „Arbeiterwohlfahrtspflege“ schreiten. Nicht der Geist eines wahrhaft menschlichen, auf der Grundlage edlen Mitgefühls beruhenden Empfindens ist es, der hier zu Maßnahmen veranlaßt, die Lebenslage und das Kulturniveau der produzierenden Klassen zu heben, sondern in der Regel das vom nackten Eigennutz geleitete Bestreben, in einer Art vorzuzugeln, daß der Prozeß der Ausbeutung nicht leichtlich durch störende Zwischenfälle, wie Streiks usw., unterbrochen werden kann. „Milderung der Klassen-gegenfälle“ nennt man dann die durch solche schlau erdachten Pläne hervorgerufenen Wirkungen, die sonst in der Medizin als — Narzose bezeichnet werden.

Die Arbeiterschaft freilich hat reichlich Gelegenheit, den Wert einer solchen sozialen Therapie zu erkennen.

Von den von vielen großindustriellen Unternehmungen eingeführten Arbeiterwohnungen weiß heute z. B. längst auch der indifferenteste Arbeiter, daß man es mit Einrichtungen zu tun

hat, die das Abhängigkeitsverhältnis um so fester schmieden, und die Arbeiter eines Betriebes, besonders, wenn es sich um Familienväter handelt, gleichsam mit gebundenen Gliedern allen Launen und Willküren des auf solche Art vorzüglich gewordenen „Protectors“ preisgeben. Ueber ihre soziale Bedeutung braucht man denn auch heute kein weiteres Wort zu verlieren. Eine ganz besondere Art dieser Sorte von „Wohlfahrtspflege“ bildet aber auch die von einzelnen Unternehmern propagierte Idee, den Arbeitern eine Art Gewinnbeteiligung an dem reinen Ertrage des Unternehmens zu gewähren, um damit ein für allemal neben dem höchstpotenzierten humanen Zweck auf die Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit schlagend darzutun. Soweit diese Idee, die von Frankreich ihren Ausgangspunkt nahm und dann vornehmlich unter dem geschäftstüchtigen und sehr real veranlagten amerikanischen Unternehmertum Anklang fand, zu praktischen Versuchen geführt hat, die in der Anwendung von bescheidenen Prozenten vom Unternehmergewinn an die Arbeiter und Beamten des betreffenden Betriebes bestand, zeigte sich auch hier, daß der schließliche indirekte Widerstand der Arbeiter einer Verallgemeinerung des Projektes hindernd im Wege war, da, wie Gilmann in seinem Buche „Die Teilung des Geschäftsgewinnes“ anführt, in vielen Betrieben das Verfahren wegen ausgebrochenen Streiks wieder eingestellt werden mußte. Schon vor Jahren hat der durch seine sozialen Ausföhrungsversuche unter den deutschen Arbeitern bekannt gewordene Fabrikant Heinrich Freese den Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen, daß das System der Gewinnbeteiligung das wirksamste Mittel „zur Versöhnung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und zur wirksamsten Hebung der Lage der arbeitenden Massen“ werden möge, wobei er allerdings selbst nicht umhin konnte, sich zurückhaltend mit jeder Voraussage für die Zukunft zu äußern, da die deutschen Arbeiter keineswegs freundlich dem Projekt gegenüberstünden, das vielfach bereits „wegen angeblicher Gleichgültigkeit, Trägheit und Menteiz der Arbeiter“ wieder aufgegeben worden ist. In dem großen Kohlenbergwerke von Henry Briggs and Sons in Whitword kam es sogar, wie Freese mitteilt („Fabrikanten-jorgen“ von Heinrich Freese, Verlag von M. Wilkens, Berlin), bereits im Jahre 1874 infolge dieses angeblich so wohlthätigen Systems direkt zu einem Ausstand, weil die Gesellschaft zur Zeit, als die Gründerepöche ungemein fette Dividenden brachte, ihr Versprechen, „die Hälfte dessen, was der Ertrag über 10 Prozent Dividende ausmache, den Arbeitern zuzuwenden“, nicht hielt. „Als die Gründerjahre mit ihren großen Erträgen kamen, nahmen die Aktionäre des Unternehmens, das vorher nie mehr als 5 Prozent gebracht hatte, an den großen Zu-

weisungen Anstoß und ließen sich ihre vorbehalten Dividende von 10 Prozent auf 15 Prozent erhöhen. Schon 1874 trat dann ein so bedeutender Rückschlag ein, daß Lohnherabsetzungen erfolgen sollten. Von einem gleichzeitigen Herabsetzen ihrer Dividende wollten aber die Aktionäre nichts wissen, und deshalb schlossen sich die Arbeiter dem allgemeinen Streik der Grubenarbeiter an.“

Man sieht, die „sozialistische Teilerei“ der Unternehmer sieht unter solchen Umständen nicht gerade radikal aus. Die Zugewinnung der Arbeiter an den Nutzgenuß des Mehrwertes hört eben auf, sobald die Sache wirklich auf die ernstliche Zuwendung eines Teiles der fetten Dividende hinauszulaufen droht, die vordem als Lockmittel und als — Narzotikum für die den Infektionsstoff revolutionärer Gesinnung ausgelegten Arbeiter unter die Nase gehalten worden ist. Zeigt sich zudem, daß es etwa den Arbeiter gar trotz der erwiesenen „Wohlfahrten“ einfallen sollte, zu streiken, dann zeigt sich um so drastischer, daß das ganze soziale Wohlfahrtsflitterwerk unter der Wucht der rauhen Wirklichkeit zertrümmert. Stößt sich der Unternehmer erst ein wenig an der rauhen Kante des erwachenden Klassenbewußtseins, dann kommt eben in der Regel auch unter dem schönsten sozialistischen Aufputz der krämerhafte Egoismus des „Herrn im eigenen Hause“ zum Vorschein.

Eine besonders rücksichtslose Entföhrung erfuhr gerade in letzter Zeit diese Art sozialer Wohlfahrtspflege, die sich hier auf die deutsche Eisen- und Metallindustrie bezieht, durch ein Buch Dr. Stillichs, das sich u. a. auch mit der Knappschaftskasse und der Sparkasse befaßt, die die Arbeiter Hütte zusammen mit dem Feiner Walzwerk für ihre Arbeiter errichteten.

Die beiden, ein gemeinsames Unternehmen darstellenden Werke, verteilten seit Jahren eine Dividende, die weit über die übliche Verzinsung des in der Eisenindustrie angelegten Kapitals hinausgeht, welche Erscheinung nach Stillichs sehr stark darauf zurückzuführen ist, daß es die Unternehmer verstanden, ihre Arbeiter möglichst dauernd an den Betrieb zu fesseln und so wirtschaftliche Kalamitäten, wie etwa der Eintritt von mindergeschulten und unbefähigten Kräften, die mit ofttem Wechsel der Arbeiter verknüpft sind, möglichst zu vermeiden. Die Stabilisierung der Arbeiter wird nun auch hier damit erreicht, daß nach dem Statut der Knappschaftskasse der Arbeiter im Falle seines freiwilligen Austrittes aus der Arbeit jedwede Anspruchsberedhtigung samt den eingezahlten Beiträgen verliert, was naturgemäß manchen bestimmt, lieber einige Unannehmlichkeiten, die eventuell das Arbeitsverhältnis mit sich bringt, zu ertragen, anstatt alle seine erkaufte Rechte zu verlieren.

Bei der Sparkasse ist der Plan eigentlich noch geriebener. Abgesehen davon, daß die Ver-

zinsung der Spareinlagen der Arbeiter eigentümlich erscheint, muß man sich den § 8 des Sparkassenstatuts genau ansehen, der besagt: „In den Jahren, in denen die Afseder Güte an ihre Aktionäre mehr als 5 Proz. Dividende verteilt, erhalten diejenigen Einlagen, welche während des ganzen Kalenderjahres bei der Afseder Güte belegt waren, einen Ueberzins, welcher zuzüglich der 5 Prozent Zinsen mit der an die Aktionäre zur Verteilung kommenden Dividende übereinstimmt. Jedoch wird unter keinen Umständen mehr als 20 Prozent vergütet, auch wenn unter die Aktionäre ein höherer Betrag zur Verteilung gelangt.“ Man wird begreifen, daß die gestellte Aussicht, mehr als die normale Verzinsung (5 Proz.) für seine Spareinlagen zu bekommen, wenn der Gewinn der Unternehmer steigt, manchen zu einer forcierten Arbeitsleistung treibt und stimulierend auf seinen Schaffensdrang wirkt. Steigt unter dem Einflusse dieses Rodmittels die Dividende über 20 Prozent, dann besteht eben das „reelle Geschäft“ darin, daß das Unternehmen keine weitere Verzinsung an die Arbeiter zu gewähren braucht, wozu noch der Umstand kommt, daß auch hier die ganze Verzinsung aufhört und das Guthaben gekündigt wird, sobald der Arbeiter selbst aus dem Geschäft austritt.

Die kapitalistische Wohlfahrtspflege, die die Unternehmerschaft hier und da den Arbeitern angedeihen läßt, bleibt sich also ziemlich auf allen Vintenn gleich. Sie ist meist Selbstzweck und keineswegs entsprungen den zartesten Regungen des Gemütes, sondern ein Mittel, um damit leichter und ungefährdeter den innigsten Herzenswunsch, die Vermehrung des Mehrwertes in die Tat umsetzen zu können. Die Erfahrung freilich hat gezeigt, daß man auch damit das erwachende Klassenbewußtsein der Arbeiter nicht dauernd zu betäuben vermag. Die Tatsachen unseres sozialen Lebens sind aber glücklicherweise zu stark, als daß man mit ein klein wenig sozialpolitischem Firnis ihre Spuren verwischen könnte.

Ercentes Steigen der Fleischpreise.

Das Jahr 1905 brachte bekanntlich die enorme Steigerung der Vieh- und Fleischpreise.

Nach den amtlichen Ermittlungen der offiziellen preußischen „Statistischen Korrespondenz“

In der Gewalt russischer Schergen.

Aus dem Leben der nach Sibirien Verbannten.

Von Felix Volkobosth.

Uebersetzt von Marie Kunert.

(Schluß.)

(Nachdruck verboten.)

Khloussowich fand schließlich einen Weg, wie er seinen Leidensgefährten helfen konnte. Als politischer Verbannter war er dem Gouverneur der Provinz untertan. In diesen fandte er eine Beschwerde, in der er die Brutalität des Offiziers bei der Mißhandlung des Schneiders schilderte. Diese Beschwerdeschrift erreichte auch ihren Bestimmungsort und machte auf den Gouverneur einen tiefen Eindruck. Er sandte sofort einen Beamten nach der Etappe Sibirsk, der alles bestätigte und den Schneider befreite, den er noch in seiner Dunkelzelle im „Fuchs“ schmachtend vorfand.

In derselben Provinz weigerte sich ein anderer Offizier, der Kommandierende der Eskorte, das Gepäck eines politischen Verbannten mitzunehmen, obgleich die amtliche Verfügung jedem fünf Pud Gepäck gestattet. Als der Verbannte sich weigerte, ohne seine Sachen die Reise anzutreten, befahl der Offizier den Soldaten, ihn mit ihren Bajonetten niederzustechen. Diese gehorchten jedoch nicht sofort, und inzwischen rief das Geschrei der übrigen eine Menschenmenge herbei. In Gegenwart so vieler Zeugen wagte der Offizier es nun nicht mehr, den Mann erstechen zu lassen.

Frauen und Mädchen, die der Willkür dieser menschlichen Bestien überliefert sind, sind so entsetzlichen Gefahren ausgesetzt, daß sie sich kaum

kostete im Durchschnitt von 23 Markorten 1905 im Kleinverkauf 1 Kilogramm in Pfennigen:

	Januar	Juli	Oktober
Rindfleisch von der Keule	142	150	161
„ vom Bauch	121	127	138
Schweinefleisch	135	157	172
Kalbfleisch	143	152	166
Sammelfleisch	133	150	156
inländ. geräucherter Speck	153	170	186
„ Schweineschmalz	153	168	182

In einzelnen Orten wurden diese Durchschnittspreise noch bedeutend überholt. So wurden in der Stadt Breslau im September 1905 bezahlt: für Rindfleisch von der Keule 180 Pf., Schweinefleisch 185 Pf., Kalbfleisch 195, Sammelfleisch 185, Speck 210 und Schweineschmalz 190 Pf. Den höchsten Preis für Schweinefleisch hatte Wachen mit 2,20 Mk. pro Kilogramm, Hanau 2.— Mk., Koblenz 1,90 Mk., Posen 1,81 Mk., Halle, Kassel und Reuß je 1,80 Mk.; aber selbst in den billigsten Orten Köslin, Stralsund, Osnabrück und Paderborn kostete Schweinefleisch immer noch 1,50 Mk. pro Kilogramm.

Wohl trat im Dezember 1905 und Januar 1906 ein geringer Rückgang der Preise ein; aber erst im April 1906 führte, wie fast alljährlich im Frühjahr, der verstärkte Schweineauftrieb zu einem nennenswerten Fall der abnormen Schweinepreise. Im Durchschnitt des Monats Mai 1906 stellt sich der Preis für Schweine II. Qualität am Berliner Markt nur auf 119,5 Mark pro Doppelzentner Lebendgewicht (mit 20 Proz. Tara), ungefähr 26 Mk. niedriger als im November des vorigen Jahres.

Schon im Juni 1906 zogen jedoch die Preise weiter an und jetzt im September 1906 stellen sich die Preise sogar für Ochsen II. Qualität auf 154 bis 162 Mk., für Schweine II. Qualität auf 134 bis 142 Mk. und für Hammel II. Qualität auf 160 bis 166 Mk. Die Schweinepreise stehen also heute zwar ungefähr 5 Proz. niedriger als im November vorigen Jahres, dafür aber ist der Preis für Ochsen um mehr als 10 Proz., für Hammel um weitere 6 Proz. gestiegen.

Und wieder haben auch in einigen Städten die Preise ganz besondere Höhen erreicht. So muß selbst der klerikale Wächener „Volksfreund“, Nr. 193 vom 25. August 1906, berichten:

„Die Fleischpreise in Wachen haben gegenwärtig infolge des Schlachtviehmangels eine Höhe erreicht, die wohl beispiellos dastehen wird; dabei ist noch gar nicht abzusehen,

ausdenken lassen. In den kleinen Etappen im Norden des europäischen Rußland, zu denen die Verbannten in kleinen Trupps, zuweilen sogar ganz allein transportiert werden, ist ihre Lage eine besonders gefährliche. Ich will hier nur an den Fall des Fräulein Senfwich erinnern, die das Glück hatte, zwei männliche Beschützer, Mitverbannte, zu besitzen. Als die betrunkenen Soldaten in das Zimmer der „Politischen“ eindrangten und das junge Mädchen, das vor Schreck halb tot war, in das andere Zimmer, in dem eine scheußliche Orgie begonnen hatte, zerrren wollten, verteidigten ihre Kameraden sie mit Gefahr ihres Lebens, denn die von Branntwein entflammten Soldaten wollten sie als „Rebellen“ niederschicken. Das unglückliche Mädchen war am ganzen Körper mit Beulen bedeckt, ihre Kleider hingen in Fetzen herab, und erst nach Monaten erholte sie sich von den Nachwirkungen dieses Ueberfalles.

In Sibirien, wo die Zahl der Verbannten größer ist und sie immer in großen Trupps marschieren, werden die Frauen durch ihre Gefährten leichter vor den äußersten Beschimpfungen beschützt. Doch daß ihre Gefühle weder von den ungebildeten Unterbeamten noch von ihren Vorgesetzten, selbst den Höchstgestellten, auch nur im geringsten respektiert werden, dafür ist eine Fülle von Beispielen vorhanden.

Ich will hier die Geschichte von Frau Kobalskaya (nicht zu verwechseln mit Frau Kobalebskaya, die nach der Märtyrerschaft der Frau Sigida durch Gift ihrem Leben ein Ende machte) erzählen. Einige traurige Episoden aus dem Leben dieser mutigen und energischen Frau werden von G. Kennan in seinen bekannten

wann ein Stillstand in der Aufwärtsbewegung, geschweige ein Rückgang eintreten wird. Fleisch wird jetzt auch in solchen Familien ein seltenes Gericht, die bisher ohne ein solches keine Mahlzeit halten konnten.“

In München haben am 29. August 1906 die Fleischer eine große Protestversammlung abgehalten, in welcher der Zunungsoberrmeister Würz u. a. ausführte:

„Das Gegenteil von dem, was die Agrarier und bayerischen Zentrumsabgeordneten bezüglich der Schlachtviehverzorgung vorausgesetzt hätten, sei eingetroffen. Sie und die Regierung hätten auf die sachkundigen Warnungen der Metzger nicht gehört. Die Einfuhr sei durch schikanöse unverständliche Verordnungen und Bestimmungen sehr erschwert und enorm verteuert worden. Beschwerden der Metzger habe die bayerische Regierung an den Bundesrat und Reichskanzler und der Reichskanzler an die einzelnen Regierungen hin verwiesen. Ein hochgestellter Herr habe gesagt, die Zunge der Münchener solle sich nur auch an minderwertige Fleischorten gewöhnen. Staatsminister Graf Feilich habe im Juni im bayerischen Landtag gesagt, die Viehpreise seien im Sinken, es wollten nur die Metzger nicht heruntergehen. Das sei eine ungeheuerliche Verschuldigung gewesen. Der Minister habe aber noch nicht gesagt, daß er falsch unterrichtet gewesen. Die Regierung habe vom Magistrat München einen einschlägigen Bericht verlangt. Der Magistrat habe damit die Vieh- und Schlachtviehverwaltung betraut, der Bericht sei erfolgt. Er, Redner, kenne ihn nicht, aber er müsse nicht im Sinne der Regierung gewesen sein; denn diese habe ihn zu den geheimen Akten genommen. Niemand dürfe von dem Zufall etwas erfahren. Wir stehen heute beinahe vor einer Katastrophe. Die Herren vom grünen Tisch sollen nicht bei den Wohlhabenden anfragen, denen es auf eine Mark mehr oder weniger nicht ankommt, sondern bei denen, die mit dem Pfennig zu rechnen haben. Da werden sie einem wahren Elend begegnen.“

In Berlin war an einigen Tagen dieses September 1906 die Preissteigerung eine geradezu sprunghafte. So steigerten sich z. B. am 8. September 1906 beste Ochsen 92 Pf., gute Rälber 100 Pf. und Schweine 72 Pf. pro Pfund Schlachtgewicht. Die „Allgem. Fleischer-Ztg.“ vom 9. September 1906 bemerkt deshalb mit Recht, daß diese gewaltige Steigerung der Viehpreise

Schriften über Sibirien erwähnt. Doch die Einzelheiten ihrer Entfernung aus dem Gefängnis in Kara sind noch nicht veröffentlicht worden, und da ich über dieselben aus authentischen Quellen berichten kann, so lasse ich sie hier folgen.

Nachdem Baron Korff (derselbe, der Frau Sigida durchgepöckelt hat) zum Gouverneur und General der Transbaikal- und Amourprovinzen ernannt worden war, ging er nach Kara, um dort die Mienen und die Gefängnisse, in denen Zwangsarbeit eingeführt war, zu beaufsichtigen. Als er in die Abteilung der weiblichen politischen Gefangenen trat, stand Frau Kobalskaya, die auf einer Bank im Hofe ausgestreckt lag nicht auf. Korff befahl ihr, aufzustehen, aber sie weigerte sich, zu gehorchen. Er schrie sie an, er werde sie zwingen, aufzustehen, worauf Frau Kobalskaya erwiderte: „Sie können physische Gewalt anwenden, wenn es Ihnen beliebt, aber ein moralisches Recht dazu haben Sie nicht.“ Wie rasend schrie er:

„Wir werden Euch Lehren, aufzustehen!“ Frau Kobalskaya erwiderte leidenschaftlich: „Sie können uns foltern, aber nichts Lehren, was wir nicht annehmen wollen!“

Korff ging fort; mehrere Wochen vergingen, und die Einwohner von Kara hatten das Ereignis schon beinahe vergessen, da derartige Auftritte zwischen ihnen und den Beamten an der Tagesordnung waren. Aber Korff hatte es offenbar noch nicht vergessen.

Eines Nachts gegen 2 Uhr wurde Frau Kobalskaya geweckt durch lautes Geschrei ihrer Kameraden. Ganz bestürzt und noch halb verschlafen eilte sie in ihrer Nachtkleidung nach der

„zur Genüge zeige, daß vorläufig an ein Zurückgehen der Preise gar nicht zu denken ist, daß sogar noch eine weitere Steigerung zu erwarten ist.“

Das Steigen der Vieh- und Fleischpreise hat also seit 1905 mit der ganz kurzen Unterbrechung im Frühjahr 1906 stetig zugenommen, obwohl der preussische Landwirtschaftsminister von Podbielski bekanntlich in einer Rede im „Kaiserhof“ zu Berlin am 11. August 1905 wörtlich erklärte:

„In 4 bis 5 Wochen werde jedoch die Not vorüber sein und es werde — ein Ueberfluß an Schweinefleisch zu verzeichnen sein.“

Die Forderungen, die diesen Preissteigerungen gegenüber die Sozialdemokratie nach wie vor an Staat und Gemeinde stellt, faßt der „Vorwärts“, Nr. 209 vom 8. September 1906, treffend dahin zusammen:

„Deffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr aus dem Auslande unter entsprechender sanitärer Kontrolle, Abschaffung der geltenden enormen Vieh- und Fleischzölle, Erleichterung des Vieh- und Fleischtransportes durch Ermäßigung der betreffenden Eisenbahn-Fracht-tarife. Daneben ergibt sich für die größeren städtischen Gemeinwesen die Aufgabe, durch strenge Beaufsichtigung und Regulierung des Viehhandels auf den städtischen Schlachtviehmärkten, nötigenfalls durch eigenen Einkauf von Schlachtvieh und Errichtung städtischer Fleischverkaufshallen den hohen Profiten des Viehhandels- und Schlachtgewerbes entgegenzuwirken.“

Eine kuriose Geschichte.

In Sachen der Erpressungsgeschichte, die am 18. Juni auf unserem Zentralbureau sich abspielte (berichtet in Nr. 26 unter der Stichmarke „Nette Helfershelfer“) erhielt der Verbandsvorstand dieser Tage nachstehenden höchst charakteristischen Bescheid zugestellt:

Berlin, den 1. September 1906.

Auf die Anzeige vom 15. Juli 1906 gegen den Zimmerpolier Giala wegen vorsätzlicher Erpressung und versuchten Betruges teile ich mit, daß Giala alsbald nach seiner Vernehmung zufolge der Anzeige Ihres Vollmachtgebers, des Buch-

binders Emil Kloth, die dieser unmittelbar bei der Polizei erstattet hat, seine Wohnung in Schöneberg aufgegeben hat und zur Zeit nicht ermittelt ist.

Giala ist österreichischer Untertan und dürfte sich in seine Heimat bei Prag zurückbegeben haben. Ich bin daher nicht in der Lage, dem Verfahren Fortgang zu geben und muß seine Rückkehr nach Deutschland abwarten. Es sind Maßregeln getroffen, daß dies zu den Akten bekannt wird.

Der Erste Staatsanwalt.
Im Auftrage:
(Unterschrift.)

Warten wir also, bis uns der Herr Expreser wieder mit einem Besuche beehrt.

Wenn uns man bloß die Zeit nicht lang wird dabei.

Lohnbewegungen.

Nachstehende Firmen sind gesperrt: A. Ullrichs und Tonnar in Nachen, Büsch in Annaberg, J. Heinrich in Lufenwalde, A. Blahorn in Ofenbach a. W., J. C. R. Rieger und C. F. Kaiser in Solingen, Zimmermann u. Co. in Düsseldorf.

Zuzug ist fernzuhalten von: Berlin, Breslau, Eisenach, Erlangen, Göttingen, Hannover, Krefeld, Lehr, Leipzig, Mainz, Marneufkirchen, München, Pforzheim und Stuttgart.

Die Sektion Luzern des schweizerischen Buchbinderverbandes ist gesperrt.

Alle Arbeitsangebote aus Belgrad in Serbien sind zu ignorieren. Unsere dortigen Berufsgenossen befinden sich schon mehrere Wochen im Lohnkampf.

Bei jedem Stellungswechsel sind unbedingt vorher bei den betreffenden örtlichen Bevollmächtigten Erkundigungen einzuziehen.

Pforzheim. Nachdem die Forderungen den Prinzipalen eingereicht und eine diesbezügliche Antwort auf Montag, den 10. September, nachmittags 1/2 Uhr verlangt wurde, traf dieselbe auch pünktlich ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

Auf Ihr gefl. Mundschreiben vom 5. ds. teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß sämtliche hiesigen Etnisfabrikanten Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind, demgemäß sind wir bereit, die am 20. August d. J. zwischen dem Arbeitgeberverband und den Arbeitervertretern der Edelmetallindustrie

gefangenen wurde ihr das einzige Gewand, das sie trug — das Gefangenenhemd — ausgezogen und ein anderes übergestreift, nur damit die rohen Schergen sich an der Scham einer schuldlosen Frau weiden konnten. Außer sich gebracht über diese empörende Brutalität, machte Frau Kobalskaya eine letzte Anstrengung, sich gegen diese Beschimpfung zu wehren. Sie sprang auf und erhob die Hand, um dem Offizier einen Schlag zu versetzen, aber augenblicklich umklammerten vier starke Arme die ihrigen wie mit Schrauben und preszten sie, bis sie von neuem vor Schmerz das Bewußtsein verlor. Sie vernahm nur noch die Worte des Offiziers: Wenn sie mich geschlagen hätte, dann hätte ich ihr den Schädel zerschmettert. Als Frau Kobalskaya das Bewußtsein wieder erlangte, befand sie sich auf dem Flusse auf dem Boden eines Bootes liegend, mit sechs Soldaten als Wache. Vier von ihnen knieten über ihr und hielten die Zipfel eines Gefangenenrodes, das man über sie geworfen, fest. Ihr erster Gedanke war, sich ins Wasser zu stürzen. Es erschien ihr unmöglich, nun noch weiter zu leben, nachdem ihr ein so furchtbarer Schimpf angetan worden war. Doch als sie versuchte, sich zu erheben, fand sie, daß auch diesem vorgebeugt war und die Soldaten sie auf's schärfste bewachten. Mehrmals sah sie, als sie halb bewußtlos dalag, daß die Soldaten sie mitleidig betrachteten, jedoch die Augen wegwendeten, wenn ihre Mide sich bebegneten, um sich nicht zu verraten. Denn für einen russischen Soldaten ist Mitleid mit den Opfern der Regierung ein Verbrechen.

Frau Kobalskaya war den Soldaten einfach als Nr. 3 übergeben worden, und man hatte

vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen anzunehmen. Die über diese Bedingungen hinausgehenden Forderungen können wir zur Zeit nicht gutheißen, da dieselben eine solche große Preis-erhöhung unserer Fabrikate zur Folge haben müßten, daß unsere Konkurrenzfähigkeit verloren gehen würde, was sowohl im Interesse der Arbeiter als auch unserer Selbsterhaltung vermieden werden muß.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung
Abt. Etnis- und Kartonnagenfabrikation.

Die auf abends 1/2 8 Uhr anberaumte öffentliche Versammlung nahm Kenntnis von der Zufchrift und war allgemein der Ansicht, daß das Gebotene nicht angenommen werden könne. Der Vertrauensmann der Etnisarbeiter, Kollege A. Dietrich-Pforzheim, verlas noch einige Schriftstücke, welche von großer Bedeutung für unsere Bewegung sind und auch hier erwähnt werden müssen. Das erste Schriftstück lautete dahingehend, daß die Fabrikanten ihre Preise um 10 Proz. erhöht haben; das zweite ist gegen die Arbeiter gerichtet, hat unter den Herren Fabrikanten zirkuliert und geht dahin, daß, wenn ein Arbeiter aus einem Geschäft austritt, in einem anderen unter keinen Umständen besser bezahlt werden darf und im ersten Vierteljahr keine Zulage erhält. Gegenseitige Auskunft ist zur Bedingung gemacht. Auch sollen die Abmachungen des Arbeitgeberverbandes akzeptiert werden. Nachdem noch ein drittes Schriftstück verlesen wurde, welches auf Sonderabmachungen einer Firma lautete, ermahnte Dietrich, sich auf solche nicht einzulassen und alles an die Lohnkommission zu verweisen. Kollege Dietrich-Stuttgart erläuterte nun die Stellungnahme zu der Zufchrift vom Arbeitgeberverbande. Er ist auch der Ansicht, daß das Gebotene zu wenig sei und die Etnisarbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnerschöpfung dringend bedürfen. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion trat allgemein die Ansicht zutage, auf unseren Forderungen zu beharren. Folgende Resolution wurde angenommen:

Die heute, am 10. September 1906 im „Schwarzen Adler“ tagende öffentliche Versammlung der Etnisarbeiter und Arbeiterinnen Pforzheims und Umgebung kann sich mit der seitens des Arbeitgeberverbandes auf die eingereichten Forderungen gegebenen Antwort nicht einverstanden erklären. Die Versammlung erwartet, daß die Herren Arbeitgeber mit der Kommission der Arbeitnehmer in Verhandlung treten, damit feste Abmachungen auf Grundlage der eingereichten Forderungen getroffen werden können.

Bei den Verhandlungen kann der Weg friedlicher Verständigung jedenfalls gefunden werden, was bei der wenigen jetzt erfolgten Zugeständnissen ausgeschlossen ist. Im Interesse der Herren Arbeitgeber liegt es ebenso wie im Interesse der Arbeit-

Tür ihrer Zelle, nur eine Decke lose umgeschlagen. Plötzlich vernahm sie das Klirren von Sporen und Stimmen und Tritte einer sich nähernden Menschenmenge. In wenigen Minuten wurde vor ihrer Tür Halt gemacht. Frau Kobalskaya fragte voll Angst mehrmals: Was wollen Sie von mir? Aber der Mann, der die Schär zu befehlen schien, rief, ohne ihr eine Antwort zu geben, den Gendarmen nur zu: Ergreift sie! Die Gendarmen jedoch schienen sich zu scheuen, Gewalt anzuwenden. Es ist dies auch nicht der erste Fall, in dem diese Leute Gehorsam verweigern, wenn ihnen befohlen wird, gegen weibliche „Politische“ Gewalt zu gebrauchen. Als der befehlige Beamte sah, daß er nichts ausrichten konnte, hieß er die gewöhnlichen Gefangenen, die er mitgebracht hatte, Frau Kobalskaya ergreifen. Augenblicklich wurden ihre Handgelenke so zusammengepreßt, daß sie vor Schmerz fast ohnmächtig wurde. Und so wurde sie denn, halbnaakt, von der Decke, die ihr von den Schultern glitt, nur notdürftig verhüllt, den Korridor entlang geschleift. So wurde sie auch in den Hof hinuntergeschleppt, trotzdem die Nacht bitter kalt war, und in eine leere Telega gebracht. Zwei Mann setzten sich auf ihre Arme, ein dritter auf ihre Brust, und so jagte der Wagen dem Flusse zu. Frau Kobalskaya wußte von den nun folgenden Einzelheiten ihrer Reise nichts, da sie — von den drei Kerlen halb erdrückt — ohnmächtig wurde. Sie kam erst wieder zu sich, als sie sich in einer Hütte am Ufer des Flusses befand und hörte, wie der befehlige Offizier sagte: Zieht ihr die Kleider aus! Das geschah denn auch. In Gegenwart sämtlicher Gendarmen und Straf-

ihnen streng verboten, irgend eine Unterhaltung mit ihr anzuknüpfen. Obgleich sie krank war und der Gefängnisarzt in Kara erklärt hatte, daß ihre Lungen angegriffen seien, wurde sie doch ohne Aufenthalt nach Werkhne Dudinsk gebracht. Tag und Nacht mußte sie reisen, ohne daß ihr in den kalten sibirischen Nächten eine andere Kleidung gewährt wurde, als die, welche die Gefangenen im Sommer tragen. Buchstäblich halbtot wurde sie endlich in das Gefängnis zu Werkhne Dudinsk eingeliefert. Als der Gefängnisarzt sie sah, rief er: Sie haben sie ja zu Tode gequält! Er untersuchte sie sorgfältig und fand an ihrem Körper mehrere blutunterlaufene Venen. Ein Arm war ausgetrennt und die Lungen waren durch das furchtbare Zusammenpressen der Brust schwer verlegt.

Der Direktor des Gefängnisses war auf's äußerste ericaunt, als er das Dokument las, das mit Frau Kobalskaya eingeliefert worden war. Dieses Schriftstück spricht von ihr als von Nr. 3 und besagt des weiteren, daß, wenn der Direktor oder sonst irgend jemand den Namen der Gefangenen durch Zufall erfahren sollte, er ihn als Geheimnis zu bewahren hätte. Jeder, der andere Mitteilungen über die Gefangene mache, werde auf das strengste bestraft. Außerdem sei Nr. 3 in strengster Einzelhaft zu halten. Niemand, auch der Direktor nicht, dürfe ihre Zelle allein betreten. Der Prokurator dürfe sie nur in Gegenwart des Direktors oder des Hofen besuchen. Sie habe die gewöhnliche Kost und Kleidung der Strafgefangenen zu erhalten. Nie dürfen Bücher, Briefe oder Geld in ihre Hände kommen.

nehmer, den Frieden erhalten zu suchen. Die Versammlung erwidert deshalb die Vereinerung der Herren Arbeiter, ihrer beauftragten Kommission bis Mittwoch, den 12. September bestimmt. Mitteilungen machen zu wollen, ob Sie zu Verhandlungen geneigt sind. Die Verhandlungen sollen Donnerstag oder Freitag stattfinden, da am Freitag abend 6 Uhr eine öffentliche Versammlung endgültige Beschlüsse fassen wird.

Zudem wir Ihnen Vorstehendes zur gefälligen Kenntnis bringen, ersuchen wir um Antwort bis Mittwoch abend.

Schlichtungsboll

Die Lohnkommission der Stutisarbeiter.

Kollege Mann ermahnte die noch dem Verbandsfernstehenden zum Eintritt in denselben, und bittet die Akkordarbeiter und Arbeiterinnen zu der morgen stattfindenden Konferenz zahlreich zu erscheinen. Kollege Dietrich-Stuttgart erhielt das Schlusswort und wurde dasselbe mit einer Begeisterung aufgenommen, die man unter den Stutisarbeitern Pforzheims noch nie gesehen hatte. Um 1/9 Uhr wurde die von ungefähr 400 Stutisarbeitern und 200 Arbeiterinnen besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Für den 11. September war eine Akkordarbeiter-Konferenz einberufen. Der Vertrauensmann der Stutisarbeiter A. Dietrich-Pforzheim referierte über die Schäden der Akkordarbeit, die Gleichstellung von Akkord- und Stundenlohn und ermahnt die Anwesenden zur Aussprache. Nachdem sich alle Disquisitionsredner für die Abschaffung der Akkordarbeit ausgesprochen hatten, kam man zu der Ansicht, daß, wenn die Akkordarbeit nicht ganz abgeschafft wird, eine Kommission gebildet werden soll, zusammengesetzt von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die den Preis festzustellen hat, und daß ein Preisverzeichnis dann in den Geschäften öffentlich ausgestellt werden soll. Hierauf wurde durch geheime Abstimmung festgestellt, daß 23 für und 2 gegen die Abschaffung der Akkordarbeit waren. Es wurde der Lohnkommission anheimgegeben, sobald herauszubekommen, als wie irgend möglich wäre. Wenn es dieses Mal nicht gelänge, die Akkordarbeit abzuschaffen, so soll es unser nächster Kampf sein, nicht nur die Akkordarbeit sondern auch die Heimarbeit zu beseitigen.

Eine am Mittwoch in Unterreichenbach stattgefundene Versammlung nahm gleichfalls Stellung zu dem Schreiben des Arbeitgeberverbandes vom 10. September 1906.

Die Unterreichenbacher Kollegen und Kolleginnen schlossen sich den Ausführungen des Vertrauensmannes der Stutisarbeiter und der in Pforzheim gefassten Resolution voll und ganz an. Diefelben konnten auch gleichzeitig benachrichtigt werden, daß am Donnerstag mittag 4 Uhr die Verhandlungen mit dem Arbeit-

Ich will hier nicht von der Mezelei von Jakutsk, auch nicht von der Hefatombe, deren erstes Opfer Frau Sigida war, sprechen, von den Frauen, die zu Tode gepeitscht, den Mädchen, die von Wajonetten durchbohrt, den waffenlosen Gefangenen, die auf Befehl der Polizei hingeschlachtet wurden. Diese entsetzlichen Tatsachen sind bereits allerorten bekannt geworden.

Ich will hier nur betonen, daß sie auf vollster Wahrheit beruhen. Von den Ereignissen in Kara erfährt ich durch vertrauenswürdige Männer, die es unter den schwierigen Verhältnissen möglich gemacht hatten, eine regelmäßige geheime Korrespondenz mit einigen Insassen des Gefängnisses in Kara zu führen. Die Mezelei in Jakutsk trug sich zu, als ich in Irkutsk war, und sie lebt noch in meinem Gedächtnis mit all ihren grauenhaften Einzelheiten und dem unverfälschten Eindruck, den sie auf Männer machte, die ihr beiwohnten. Ich hatte authentische Privatbriefe von einigen der Opfer, von den verschiedensten Klassen angehörenden Augenzeugen, ja sogar von einem der zu Schergendiensten Gezwungenen in Händen.

Es ist schwer, noch von anderen Dingen zu sprechen, nachdem man so fürchterliche Erinnerungen in sich aufgenommen. Solche Dinge gehören zu der Zahl derer, welche sich täglich ereignen können und als Damoklesschwert über den Häuptern von tausenden von Männern und Frauen schweben, die irgend einem rohen Beamten auf Gnade und Ungnade überliefert sind.

geberverband beginnen werden. Bemerkte sei hier noch, daß die Unterreichenbacher Kollegen und Kolleginnen alle organisiert sind.

Die Antwort der Prinzipale auf unsere Resolution vom 10. September 1906 hatte ungefähr folgenden Wortlaut.

Teilen Ihnen ergebenst mit, daß sich der Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung, Abteilung Stutis- und Kartonnagenbranche bereit erklärt hat, mit Ihnen in Unterhandlungen einzutreten, welche am Donnerstag nachmittag 4 Uhr im Kaiserhof, im Saale des Kaufmännischen Vereins stattfinden sollen. Benachrichtigen Sie noch, daß sämtliche Stutis- und Kartonnagenfabrikanten den Unterhandlungen beiwohnen und haben uns erlaubt, sechs unorganisierte Arbeiter zu Ihrer Kommission, welche aus 13 Teilnehmern besteht, hinzuzuziehen, damit wir gegenseitig gleich stark vertreten sind.

S. A.: Ernst Keller.

Antwessend waren bei den Verhandlungen 19 Betriebe, teils durch Vertreter, teils durch Vollmachten und der Sekretär der Handelskammer, welcher auch gleichzeitig Sekretär des Arbeitgeberverbandes ist, die Lohnkommission bestehend aus 13 Mitglieder, für den Hauptvorstand Kollege A. Dietrich-Stuttgart und sechs unorganisierte Stutisarbeiter. Die Verhandlungen begannen um 1/5 und dauerten bis 1/8 Uhr. Herr Dr. Käsemacher, Sekretär des Arbeitgeberverbandes eröffnete die Verhandlungen und teilte mit, daß der Passus 2 von unseren Forderungen gestrichen werden müßte, wenn wir in friedliche Verhandlungen eintreten wollten. Dietrich-Stuttgart sprach über die Berechtigung unserer Forderungen. Um nur einigermaßen in die Unterhandlungen einzutreten, müßten wir unsere Forderungen etwas reduzieren. Nach längerer Debatte zogen sich die Prinzipale zu einer separaten Sitzung zurück und boten nachdem 5 Proz. Lohnzulage, was wir aber unter keinen Umständen anerkennen konnten. Es entspann sich wieder eine längere Debatte. Die Herren Prinzipale zogen sich wieder zurück und boten dann 5 Proz. ab 22 September und weitere 5 Proz. ab 1. Januar. Wir aber blieben auf 15 Proz., und zwar 10 Proz. ab 22. September und 5 Proz. ab 1. Januar bestehen. Nachdem aber die Herren Fabrikanten es zum Bruch der Verhandlungen kommen lassen wollten, zogen wir uns zurück und beschloßen 10 Proz. ab 22. September zu verlangen. Kollege Dietrich-Stuttgart brachte unseren Antrag vor, er fand aber wieder keinen Anklang und so kam es, daß die Verhandlungen scheiterten. Nach dem etwas schnelleren Schluß führte Kollege Dietrich-Stuttgart noch aus, daß die Kommission der morgen stattfindenden Versammlung es überlassen werde, ob die Arbeiter und Arbeiterinnen mit dem Entgegenkommen zufrieden sind oder nicht. Er bittet die Beratung der anderen Punkte fortzusetzen. Dr. Käsemacher bemerkte, daß die letzten Worte des Herrn Dietrich noch als zu den Verhandlungen gehörig zu betrachten wären, es sei aber überflüssig, über die weiteren Punkte zu verhandeln, wenn der eine Punkt nicht erledigt sei.

Hierauf fand am Freitag, den 14. September eine öffentliche Versammlung im „Schwarzen Adler“, mit der Tagesordnung: „Die Verhandlungen mit den Herren Fabrikanten und unsere Stellungnahme hierzu“, statt.

Kollege Dietrich-Stuttgart referierte über die Verhandlungen und gibt bekannt, daß es der heutigen Versammlung überlassen bleibt, was nun geschehen soll. Was sie beschließen sollte, das führte die Kommission aus. Allgemein war man der Ansicht, nicht unter 15 Proz. herunterzugehen. Um aber das durchzusetzen, braucht man vor allen Dingen eine gut geschulte disziplinierte Arbeiterschaft. Eine Resolution, die zur Verlesung gebracht wurde, lautet:

Die heute, den 14. September 1906 im „Schwarzen Adler“ zu Pforzheim tagende, von mindestens 700 Stutisarbeiter und Stutisarbeiterinnen besuchte öffentliche Versammlung nimmt Kenntnis von dem Resultat der zwischen ihrer Kommission und den Herren Stutisfabrikanten stattgefundenen Verhandlungen bezüglich der gestellten Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Versammlung erklärt, daß sie von dem geringen Entgegenkommen der Herren Fabrikanten, insbesondere in bezug auf Lohnerhöhung, nicht befriedigt ist. Sie will jedoch, im Interesse der Erhaltung des Friedens im Gewerbe, die gegebenen Versicherungen nach dem in der Metallindustrie getroffenen Abmachungen in Verfertigung der Arbeitszeit und prozentualen Lohnzuschlägen bei Weltarbeit, sowie auch eine 5 proz. allgemeine Lohnerhöhung vom 22. September d. J. ab akzeptieren, wenn auch die weiter zugesicherten 5 Proz. auf 1. Januar 1907 mit den anderen gemachten Zugeständnissen durch Unterzeichnung der Herren Stutisfabrikanten garantiert werden.

Die Kommission wird beauftragt, diesbezügliche Schritte zu unternehmen.

Die Abstimmung der Resolution ergab für dieselbe 224 und gegen dieselbe 158 Stimmen. Die Lohnkommission wird nunmehr ihre Arbeit wieder fortsetzen zwecks weiterer Verhandlungen. Gleicherzeit tagte auch mit dieser Versammlung eine solche in Unterreichenbach. Die dortigen Kollegen schlossen sich wieder den Beschlüssen der Pforzheimer an.

München. Am Freitag, den 7. September, fand hier eine starkbesuchte öffentliche Versammlung für alle im Buchbindergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt mit der Tagesordnung: Beschlüßfassung über die an die Arbeitgeber einzuzureichenden Forderungen.

Kollege Schuhmacher eröffnete die Versammlung mit der Bekanntgabe, daß die Kollegen und Kolleginnen bei der Firma Lohpacher am Freitag, den 7. d. M., auf Grund einer vorausgegangenen Werkstüberversammlung sämtlich, mit Ausnahme von 2 Arbeiterinnen und 1 Arbeiter (nicht gel. Arbeiter), die Arbeit niederlegten, da man ihnen die Forderungen bezüglich des Umzuges und der Arbeitszeitverkürzung, welche den dortigen Steindruckern und Lithographen genehmigt wurden, nicht auch genehmigte.

Der Referent, Kollege Kraßsch, ersuchte im Anfang seines Referates die Anwesenden, die in den Auszustand getretenen Kollegen und Kolleginnen nach Zurechtfindung zu unterstützen und begründete er sodann eingehend die von der Lohnkommission aufgestellten Lohnforderungen. Am Schluß seines Referates ersuchte er, daß die Kollegen und Kolleginnen sich frei ausdrücken möchten, ob sie genehmigt seien, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Verwaltung wolle ihnen keinen Kampf aufzwingen, den sie nicht beantworten könne. Wenn sie aber ihre Zustimmung geben, dann sei es die heiligste Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin, Schulter an Schulter geschlossen für unsere Forderungen einzutreten. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine trefflichen Ausführungen.

Einmütig beschloßen die Anwesenden, in eine Bewegung einzutreten. Kollege Schuhmacher stellte sodann die vom Ausschuss und der Lohnkommission sowie von den Vertrauensmännern gutgeheißenen Forderungen zur Spezialdebatte, worauf ebenfalls deren einstimmige Annahme stattfand. Die aufgestellten Forderungen lauten:

1. 9stündige Arbeitszeit.
2. Mindestlohn von 25 Mk. pro Woche für männliche Arbeiter. Für Ausgelernte bis längstens nach Ablauf des 5. Jahres nach Beginn der Lehrzeit 21 Mk.
3. Für ungelübte Arbeiterinnen in den ersten 6 Monaten 9 Mk., in den nächsten 3 Monaten 10 Mk., die folgenden Monate 11 Mk.; für gelübte Arbeiterinnen 15 Mk. pro Woche; bei Bronzierarbeiten ist ein Zuschlag von 33 1/3 Proz. zu gewahren.
4. Zugenübte Arbeiterinnen, unter 16 Jahren, in den ersten 6 Monaten 7 Mk., in den nächsten 3 Monaten 8 Mk., in den nächstfolgenden 3 Monaten 9 Mk.
5. Alle diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche durch Einführung der oben bezeichneten Mindestlöhne keine Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse erhalten, bekommen eine Zulage von 10 Proz. auf die jetzigen Löhne vom 1. Oktober 1906 an.
6. Bezahlung sämtlicher gesetzlichen sowie der vom Geschäft angeordneten Feiertage. Arbeitszeit an nichtgesetzlichen Feiertagen 4 Stunden und Vergütung des ganzen Tages.
7. Die Ueberstunden werden in prozentualer Steigerung extra bezahlt.
8. Bei Akkordarbeiten ist der Leipziger Lohn tarif zugrunde zu legen.
9. Anerkennung des Arbeitsnachweises der Zahlstelle München.

Dieser Tarif wird am Dienstag den Prinzipalen zugestellt und wurde als Endtermin der Prinzipalserklärungen der Freitag, 14. September, bestimmt. Am Schluß der Versammlung appellierte Kollege Kraßsch nochmals an die Versammlung, sich dem eingebend zu sein, was heute beschloßen wurde, und schloß mit dem Wunsch, daß alle, die noch dem Verbands fernstehen, der Organisation beitreten.

Kollege Schuhmacher schloß sodann mit einem auf den Verband ausgebrachten dreifachen Hoch, in das alle Anwesenden kräftig einstimmten, die Versammlung.

Nachtrag. Anliefsamerweise wurde im zweiten Quartalsbericht übersehen, daß der Buchbinder-Männerchor den Betrag des zugunsten der Ausgesperrten veranstalteten Wiederabends im Betrag von 176 Mk. an die Kasse nach Berlin überwies.

Mainz. Die schon seit längerer Zeit vorbereitete und die Gemüter sehr in Anspruch nehmende Lohnbewegung ist mit der gestrigen großen öffentlichen Buchbinderversammlung in das erste Stadium ihrer Verwirklichung getreten. Eine für die Mainzer Verhältnisse respektable Anzahl von

Kollegen hat dem an sie ergangenen Rufe Folge geleistet. Um 1/8 Uhr eröffnete der Vorsitzende der Zahlstelle die Versammlung, indem er seine Freude über den guten Besuch derselben ausdrückte. Als Referenten traten sich in das Thema des Abends die Kollegen Gausvorstandender Getrost-Frankfurt und Zmhof-Mainz.

Die geheime Abstimmung über nachstehende Resolution ergab einstimmige Annahme:

„Die heute, den 10. September 1906, im Brauhaus „Zum Gutenberg“ tagende öffentliche Buchbinderversammlung erklärt nach Anhörung der Referenten eine Besserung unferer Lohn- und Arbeitsverhältnisse für unbedingt notwendig und ist bereit, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die zu wählende Lohnkommission wird von der Versammlung beauftragt, sofort einen Minimallohntarif auszuarbeiten und einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung zur Genehmigung zu unterbreiten.“

Die Anwesenden verpflichten sich, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß alle Kollegen und Kolleginnen zur Sache halten und weiterhin dafür zu sorgen, alle in unserem Berufe Beschäftigten dem Verbands zuguführen, um so eine geschlossene Macht zu bilden, die infamde ist, unsere Lohnbewegung siegreich durchzuführen.“

An der Diskussion über die Referate sowie über die Resolution beteiligten sich noch die Kollegen Känigk, Getrost u. a. Hierauf erfolgte die Wahl einer fünfgliedrigen Lohnkommission, welche mit der Ausarbeitung eines Tarifes und den sonstigen damit verbundenen Maßnahmen beauftragt wurde. Nach einem zündenden Schlußwort der beiden Referenten Getrost und Zmhof trennte sich die vom besten Geiste befehlte Versammlung.

Jahr i. B. Die Lohnbewegung der in der Kartonnagenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, ist am Dienstag, den 11. d. Mts., durch Vergleich vor dem Einigungsamte zum Abschluß gekommen. Unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Alfelig begannen Dienstagmorgens 9 Uhr die Verhandlungen. Anfangs wurde uns von Seiten der Herren Unternehmer ein Widerstand entgegengesetzt. Nach vierstündiger Debatte, bei der es auf beiden Seiten nicht an scharfen Worten fehlte, kam folgendes Resultat zustande. 1. 9 1/2 stündige Arbeitszeit; 2. 10 Proz. Lohnzuschlag für Löhne von 12—15 M., 7 1/2 Proz. von 15—18 M. und 5 Proz. von 18 bis 21 M.; Arbeiterinnen erhalten einen Lohnzuschlag von 5 Proz.; 3. Ueberzeitarbeit wird mit 20 Proz. und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. bezahlt; 4. Bezahlung eines Osters- und Weihnachtsfeiertags; 5. Regelung der Afordarbeit bei Arbeiterinnen durch Verabreichung der Lohnbücher. Die Abmachungen wären beinahe noch in letzter Stunde daran gescheitert, daß die Unternehmer sie auf 5 Jahre festgelegt wissen wollten, was von unserer Seite aus triftigen Gründen entschieden abgelehnt wurde. Endlich aber wurde auch noch dieser Wunde Punkt durch Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters erledigt. Wenn unsere gestellten Forderungen auch nicht alle berücksichtigt wurden, so haben wir jetzt doch durch das Erringen einer sicheren Grundlage geschaffen, auf der wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Zukunft besser regeln können.

Am Dienstag abend wurde das Resultat einer Versammlung vorgelegt und nach scharfer Debatte gegen eine Stimme angenommen. Unser Gaubevollmächtigter, Kollege Wanghauf, legte den Versammelten mit fernen Worten ans Herz dafür zu sorgen, daß der letzte Kollege und die letzte Kollegin in die Organisation eintreten müsse. Während die Kollegen und Kolleginnen schon länger organisiert gewesen sein, dann wäre ohne allen Zweifel noch mehr erreicht worden. Nun liegt es an den Kollegen und Kolleginnen, durch treue Zugehörigkeit zur Organisation das Erworbene zu bewahren und Neues zu erringen. Eine kräftige Agitation muß nunmehr entfaltet werden, um auch die Feinarbeiterinnen aus ihrem Schlaf aufzurütteln. Ihre Zurechtweisung ist Schuld daran, daß für sie nichts erreicht werden konnte. Aeußerungen der Prinzipale beweisen noch, daß jetzt die fremdlichen Verhältnisse aufgehört haben und daß es jetzt heißt: hier Unternehmertum, hier Arbeiterkraft. Durch die jetzige Lohnbewegung haben wir einen Mitgliederbestand von über 300 erreicht. Goffen wir, daß dies ein Ansporn sei für die noch fernstehenden Berufsangehörigen.

München. Eine Versammlung, wie sie München noch nicht gesehen hat, fand am 15. September statt. Die weiten Räume des Colosseumsaales vernochten die ungeheuren Massen der Kollegen und Kolleginnen nicht zu fassen, die in hellen Scharen herbeiströmten, um Kenntnis von den Antwortschreibern der Arbeitgeber auf unsere eingereichten Forderungen zu nehmen. Trotzdem in drangvoll-fürchterlicher Enge sich Stuhl an Stuhl reihte, ein Nebenraum des Saales mit hinzugenommen wurde und viele während der ganzen Versammlung mit einem Stehplatz für-

lieb nahmen, so mußten doch mehr als 100 Personen umkehren, weil für sie kein Platz vorhanden war. Wie der Versammlungsbefuch ein imposanter, so war der Verlauf der Versammlung ein durchaus würdiger und auf allen Gesichtern lagerte ein gewisser feierlicher Ernst, gepaart mit dem freudigen Bewußtsein, daß Münchens Kollegenchaft endlich bereit und befähigt sei, sich den gebührenden Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erwerben.

Kollege Faust verlas die Antwortschreiben, die zahlreich sowohl von den einzelnen Arbeitgebern als auch von deren Vereinigungen eingegangen waren. Die ersteren äußerten sich meistens dahin, erst die Beschlässe ihrer betreffenden Organisation abwarten zu wollen, während die letzteren mit Ausnahme der Buchbinder-Zinnung sich zu Verhandlungen auf Grundlage unserer eingereichten Forderungen bereit erklärten. Aber auch die Zinnung scheint sich bereits eines besseren besonnen zu haben, wenigstens ließe das Schreiben der Firma Grimm & Meißner darauf schließen, monach auf deren Antrag die Zinnung „die Wahl einer Kommission zwecks Führung von Verhandlungen“ beschlossen habe. Kollege Faust knüpfte hieran noch einige Ausführungen, die darauf Bezug nahmen, daß die Antworten uns wohl zu der Hoffnung berechtigten könnten, zu Vereinbarungen mit den Arbeitgebern zu kommen, welche im wesentlichen unseren Forderungen entsprechen würden. Bei einer solchen Sachlage dürfe man auch nicht gleich zu Stündigungen oder Arbeitseinstellungen greifen, wie es ein Teil der Kollegenchaft wohl voraussetze und wünsche, sondern müsse die Verhandlungen von Organisation zu Organisation, wie sie in Aussicht gestellt seien, abwarten.

Nach ihm sprach Verbandsvorsitzender, Kollege Kloth, indem er eingangs seiner Ausführungen seiner ganz besonderen Freude über den glänzenden Versammlungsbefuch Ausdruck gab und hervorhob, daß dies der beste Beweis dafür sei, wie sehr die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Schaffung tariflicher Verhältnisse und damit verbundener Besserung der wirtschaftlichen Lage in der Münchener Arbeiterchaft wurzele. Auch die fortgesetzte Zunahme der Mitglieder in München, welche fast die Zahl 1000 erreiche und sie hoffentlich bald überschreiten werde, sei ein fernerer Beweis des guten Geistes und der Opferwilligkeit, welche die Münchener Kollegenchaft befehle. Notwendig sei allerdings eine solche erfreuliche Wendung auch gewesen, da die Lohnverhältnisse keineswegs auf die Höhe der Zeit und im rechten Verhältnis zu den gesteigerten Preisen fast aller Lebensbedarfsmittel ständen. Und so wie es in München ersichtlich vorwärts ginge, so sei es auch anderswo der Fall, wie es in der in diesem Jahre ganz besonders gewachsenen Mitgliederzahl zum Ausdruck komme und wie es sich auch in dem Erwachen von Arbeiterchichten der Fall sei, die sich bisher jeder gewerkschaftlichen Organisation gegenüber als spröde erwiesen hätten. Er wies beispielsweise nur auf Pforzheim hin, wo die Stuisarbeiter in allerjüngster Zeit zu Hunderten dem Verbands beigetreten seien. Das alles sei selbstverständlich nicht von selbst gekommen, sondern eine Frucht der unablässigen gewerkschaftlichen Arbeit der tätigen Kollegen. Es handle sich nun darum, den neugewonnenen Mitgliedern gewerkschaftliche Disziplin beizubringen, denn wo diese fehle, zeigten sich bald die übelsten Folgen. Er erjuchte daher dringend, der Lohnkommission in gewerkschaftlicher Disziplin zu folgen und sie in ihrem schwierigen Amte zu unterstützen; insbesondere auch nicht auf eigene Faust in Kündigung oder Streik zu treten, sondern dies nur auf Parole der Lohnkommission zu tun. Nach dieser mit lebhaften Beifall entgegengenommenen Rede nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an:

„Die heutige Versammlung nimmt von den Antwortschreibern der Arbeitgeber Kenntnis und gibt der Lohnkommission das Recht, sowohl mit den Organisationen der Arbeitgeber als auch mit einzelnen Firmen Verhandlungen zu pflegen.

Gleichfalls erteilt die Versammlung der Lohnkommission die Vollmacht, bei den nichtbeiwilligenden Firmen eventuell die Ueberzeitarbeit zu versagen und die Kündigung der dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in die Wege zu leiten. Die Versammelten sprechen der Lohnkommission ihre Anerkennung für die bisherige Führung der Lohnbewegung aus und besprechen, den taktischen Maßnahmen derselben unbedingt Folge zu leisten.“

Der Vorsitzende der Versammlung, Kollege Schumacher, richtete dann noch einige fernerige Worte an die Versammlung und erjuchte insbesondere um die Befolgung der angenommenen Resolution, worauf er die in jeder Beziehung erhebende Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Bewegung und den Verband schloß.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905.

III.

Die Unterstützungsorganisationen sind in den letzten Jahren bei vielen Verbänden neu eingeführt und da, wo sie bestanden, weiter ausgebaut worden. Reiseunterstützung zahlten 1905 49 Verbände, gegen 46 im Jahre 1904; Arbeitslosenunterstützung 41, gegen 38 im Jahre 1904 und 30 im Jahre 1903. Krankennunterstützung 40 (1904: 31, 1903: 21), Invalidennunterstützung 6 (1904 und 1903: 5); Unterstützung in Sterbefällen 43 gegen 39 Verbände im Jahre 1904.

Die Arbeitslosenunterstützung, gegen deren Zweckmäßigkeit als gewerkschaftliches Kampfmittel sich auf dem Gewerkschaftskongreß 1896 eine große Minorität aussprach, wird immer mehr in den Gewerkschaften, selbst in denen des Bauberufes, eingeführt. Im Jahre 1905 hatten 41 Organisationen (ausschließlich des Werftarbeiterverbandes, der sich am 1. Oktober 1905 auflöste) die statutarische Arbeitslosenunterstützung. Von diesen haben zwei, die Schiffszimmerer und die Zimmerer, im Jahre 1905 noch keine Unterstützung ausgezahlt. In einigen Organisationen begann der Weg der Unterstützung erst im Laufe des Jahres, so daß nur eine verhältnismäßig geringe Summe zur Auszahlung gelangte. In 41 Organisationen (darunter der Verband der Werftarbeiter und der der Steinsetzer, in dem die Unterstützung nicht statutarisch ist und der 1158 Mf. für diesen Zweck verausgabte) wurden im Jahre 1905 insgesamt 1 991 924 Mf. an Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Die Organisationen, welche Unterstützung auszahlten, hatten zusammen 866 000 Mitglieder, so daß pro Kopf der Mitglieder eine Ausgabe von 2,30 Mf. entstanden ist. Die Belastung der Mitglieder mit der Ausgabe für diese Unterstützung ist in den einzelnen Organisationen überaus ungleich. Die Berechnung wird auch beeinflusst dadurch, daß einzelne Arbeitslosenunterstützung zahlende Verbände im Jahre 1905 eine große Mitgliederzunahme hatten. Die Bergarbeiter, die pro Kopf nur 3 Pf. für Arbeitslosenunterstützung verausgabten, gewannen 24 378 Mitglieder, die Fabrikarbeiter mit 16 Pf. Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung pro Kopf hatten eine Mitgliederzunahme von 25 089. In beiden Verbänden kam außerdem die Arbeitslosenunterstützung im Berichtsjahre zum ersten Male zur Auszahlung. Ebenso bei dem Verband der Portefeuillier, der 6 Pf. pro Kopf der Mitglieder für Arbeitslosenunterstützung verausgabte. Die Mitgliederzahl dieses Verbandes erhöhte sich von 2507 im 4. Quartal 1904 auf 3579 im 4. Quartal 1905.

In den Organisationen, die nicht eine prozentual so bedeutende Mitgliederzunahme hatten und bei denen die Arbeitslosenunterstützung seit vielen Jahren eingeführt ist, sind die Ausgaben für diesen Unterstützungszweig ganz enorm höher. So zahlten 1905 pro Kopf der Mitglieder an Arbeitslosenunterstützung: Bildhauer 13,40 Mf., Buchdrucker 10,78 Mf., Gutmacher 8,18 Mf., Lithographen 6,20 Mf., Glaser 6,04 Mf. und Notensetzer 5,89 Mf. Das ist eine enorme Belastung der Mitglieder, jedoch muß sie getragen werden, weil für die Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung ein Kampfmittel ist. Um die erzwungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen sich zu erhalten, müssen die Gewerkschaften durch Gewährung von Unterstützung das gegenseitige Unterbieten der Arbeiter zu verhindern suchen, um dauernd den Arbeitsmarkt zu beherrschen. Aus diesem Grunde wird es zeitweilig notwendig, die Unterstützung über das statutarisch vorgeschriebene Maß auszudehnen. So wurden im Jahre 1902 von den Sandschuhmachern 16,18 Mf. pro Kopf der Mitglieder an Arbeitslosenunterstützung gezahlt, während 1898 nur 2,48 und 1905 nur 3,38 Mf. hierfür verausgabte wurden. Der beabsichtigte Zweck wurde damals erreicht, und um ihren Zweck zu erreichen, eine Herabdrückung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der ungünstigen Konjunktur zu verhindern, nehmen die Gewerkschaftsmitglieder die Lasten für die Arbeitslosenunterstützung auf sich. Sie erfüllen damit gleichzeitig eine Pflicht der Solidarität gegen ihre in Not geratenen Kollegen und nehmen schließlich dem Staat und der Gemeinde nicht unerhebliche Lasten ab, wofür diese ihnen damit lohnen, daß sie versuchen, der Entwicklung der Gewerkschaften Hindernisse zu bereiten. Bei dem Versuch bleibt es, denn unaufhaltsam entwickelt sich die Bewegung weiter und wird ihr reichlich Teil dazu beitragen, die Arbeiterchaft aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft zu befreien.

Von den 63 Verbänden, die am Schlusse des Jahres 1905 bestanden, hatten 61 ein eigenes Verbandsorgan und 2 (Buchdrucker Elfaß-Lothringen und Formsticker) bezogen das Verbandsorgan der verwandten Berufsorganisation. Von den Verbandsorganen erscheint 1 wöchentlich dreimal, 29 erscheinen

wöchentlich, 3 monatlich dreimal, 16 alle 14 Tage, 6 monatlich zweimal und 6 alle Monate. Die Verbandsorgane hatten eine Gesamtauflage von 1 550 450 Exemplaren, gegenüber einer Auflage von 1 235 700, 1 044 650 und 816 420 Exemplaren in den drei Vorjahren.

Auf allen Gebieten haben, wie diese Darlegungen zeigen, die gewerkschaftlichen Zentralverbände Fortschritte gemacht. Solche sind wohl auch bei den anderen gewerkschaftlichen Organisationsgruppen vorhanden, doch bleiben diese Sondervereinigungen nach wie vor weit hinter den der Generalkommission angeschlossenen Verbänden zurück.

Die lokalen Vereine haben heute gewerkschaftlich fast gar keine Bedeutung mehr. Es fehlt auch an einer genauen Uebersicht selbst für die der „anarcho-sozialistischen“ Gewerkschaftszentrale angehörenden Vereinigungen; noch weniger ist es möglich, den Mitgliederbestand der sonstigen lokalen Vereine einigermaßen zuverlässig festzustellen. Die Vorstände schätzen alljährlich die Zahl der in ihrem Beruf vorhandenen Mitglieder lokaler Vereine und wurden für 1905 in 21 Berufen 27 736 Mitglieder angegeben, gegen 20 686 in 18 Berufen im Jahre 1904. Die Steigerung kommt hauptsächlich daher, daß bei den Handels- und Transportarbeitern 12 000 Mitglieder solcher Vereine gegen 7000 im Vorjahre angegeben werden. Durch den Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission scheidet ein größerer Verein dieses Berufes aus der Gruppe der sogenannten „unabhängigen Vereine“ aus und ist zu den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen zu zählen.

Als im Beruf vorhandene Mitglieder lokaler Vereine geben an die: Handwerks- und Transportarbeiter 12 000, Metallarbeiter 4200, Maurer 3500, Zimmerer 2800, Bauhilfsarbeiter 1500. In allen anderen Berufen wird die Mitgliederzahl lokaler Vereine unter 1000 bis herab zu 5 angegeben.

Ueber die Finanzgebarung der lokalen Vereine fehlt es an näheren Angaben. Das „Gewerkschafts-Jahrbuch“ für Berlin berichtet, daß ihm im Jahre 1905 24 Organisationen mit zusammen 10 675 Mitgliedern angehört. Diese Organisationen hatten eine Gesamteinnahme von 245 593 Mk. und eine Ausgabe von 193 944 Mk. zu verzeichnen. An Kassenbestand hatten sie am Jahresabschluss 171 901 Mk. aufzuweisen. Damit sind aber nur Angaben für wenig über ein Drittel der Lokalorganisierten gemacht. Bei der geringen gewerkschaftlichen Bedeutung dieser Organisationsgebilde lohnt es sich auch kaum der Mühe, im einzelnen Nachforschungen anzustellen.

Die **Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine** hatten am Schluß des Jahres 1905 in 2158 Ortsvereinen 117 097 Mitglieder gegen 111 889 im Jahre 1904, so daß sich eine Mitgliederzunahme von 5208 ergibt.

Von den Gewerbevereinen hatten Mitglieder: Maschinenbauer 49 516, Fabrikarbeiter 19 598, Kaufleute 14 614, Tischler 8078, Textilarbeiter 5865, Schuhmacher und Lederarbeiter 5210, Schneider 3840, Graphische Berufe 2018, Bergarbeiter 2189, Köpfer 1673, Tabakarbeiter 1399, Bauhandwerker 1238, Deutsche Frauen 1063, Wildbauer 441, Rentbiotoren 303, Schiffszimmerer 235, Brauer 210, Seiler 47 und Kellner 60. Diese Mitgliederzahlen in Berufen wie Bauhandwerker, Bergarbeiter, Schneider und Schuhmacher zeigen, wie wenig Bedeutung den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen beizumessen ist.

Die Einnahmen der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine betragen 1 336 651 Mk., die Ausgaben 1 170 219 Mk., der Vermögensstand 3 497 069 Mk. Von diesem befinden sich jedoch in den Kranken- und Begräbniskassen 1 279 028 Mk., in den Begräbniskassen 823 045 Mk. und in den Gewerbevereinskassen nur 1 894 996 Mk. Nur die letztere Summe würde für den gewerkschaftlichen Kampf in Betracht kommen. In einzelnen Ausgaben sind bezeichnet für: Verbandsorgan 133 551 Mk., Agitation 102 899 Mk., Ausperrungen und Streiks 286 643 Mk., Rechtsschutz 14 790 Mk., Heise-, Notfallunterstützung und Umzugskosten 67 802 Mk., Arbeitslofenunterstützung 193 746 Mk., Bildungsförderung 17 345 Mk., Ortsverbände- und Verbandssteuern 53 591 Mk., Drucksachen 67 871 Mk. und Verwaltungsstellen 231 951 Mk.

Die **Christlichen Gewerkschaften**, die dem Gesamtverband angehören, hatten 1905 in 2333 Ortsgruppen im Jahresdurchschnitt 188 106 Mitglieder gegen 107 556 im Jahre 1904. Die Zunahme an Mitgliedern machte 80 550 aus. Die Mitglieder der dem Gesamtverbande angeschlossenen Gewerkschaften verteilen sich auf folgende Berufe: Bergarbeiter 71 500, Textilarbeiter 24 735, Bauhandwerker 20 679, Bayerische Eisenbahner 19 000, Metallarbeiter 17 563, Holzarbeiter 8386, Hilfs- und Transportarbeiter 8329, Tabakarbeiter 2851, Heimarbeitern 3077, Keramikarbeiter 2600, Schuh- und Lederarbeiter 2136, Schneider 1902, Ziegler 1800, Maler 1500, Graphische Gewerbe 740, Fleischer 500, Bäcker 380 und Krankenpfleger 368.

Die Einnahmen dieser Gewerkschaften betragen 2 443 122 Mk., die Ausgaben 2 150 511 Mk., an Kassenbestand verblieben 1 249 408 Mk. An Eingelassen waren zu verzeichnen für: Verbandsorgan 205 155 Mk., Agitation 161 393 Mk., Streik- und Gemäßregelunterstützung 1 000 320 Mk., Rechtsschutz 45 457 Mk., Heise- und Arbeitslofenunterstützung 13 571 Mk., Sterbegeld 59 933 Mk., sonstige Unterstützungen 114 140 Mk., Bildungsförderung 11 691 Mk., Beitrag an den Gesamtverband 20 795 Mk., Gehälter 52 423 Mk., Verwaltungsstellen 91 970 Mk.

Die **unabhängigen christlichen Gewerkschaften** hatten im Jahre 1905 in 812 Ortsgruppen im Jahresdurchschnitt 76 926 Mitglieder. Von diesen gehörten an dem Verband der Deutschen Eisenbahnhändler 41 486, Württembergische Eisenbahner 7500, Badische Eisenbahner 6000, Bayerisches Postpersonal 8611, Württembergisches Postpersonal 2557, Bayerische Salinenarbeiter 822 und dem Verein zur gegenseitigen Hilfe in Oberschlesien 10 000. Im Jahre 1904 hatte diese Art christlicher Gewerkschaften 99 928 Mitglieder. Es ist somit im Jahre 1905 ein Mitgliederverlust von 23 002 eingetreten. Hiervon entfallen jedoch 17 000 auf den Verband der Bayerischen Eisenbahner, der sich 1905 dem Gesamtverbande angeschlossen hat. Daher auch die bedeutende Zunahme der Mitglieder des Gesamtverbandes. Die unabhängigen christlichen Gewerkschaften hatten eine Jahreseinnahme von 231 068 Mk., eine Ausgabe von 278 043 Mk. und einen Kassenbestand von 273 806 Mk. Die Ausgaben im einzelnen sind für diese Gewerkschaften nicht angegeben.

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Niederfelditz (Dresden). Am 6. September fand hier eine öffentliche Versammlung der Buchbinder und der in Buch- und Steinbrudereien beschäftigten Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen statt.

Zum 1. Punkt: „Die gegenwärtigen Kämpfe mit dem Unternehmertum und was lernen wir daraus?“ hatte Kollege Bergmann-Dresden das Referat übernommen. Redner entledigte sich in einstündiger Rede seiner Aufgabe.

In der Debatte ging Krumpfert (Hilfsarbeiter) auf die Dresdener Verhältnisse der Steinbruderausperrung näher ein. So sind bei Müller u. Lohse Leute ausgesperrt worden, die schon das Diplom für 25jährige treue Arbeit erhalten hatten. Der Mangel an Hilfspersonal macht sich nach der Ausperrung bei Stengel u. Co. fühlbar. Andere Firmen suchen dem Hilfsarbeiterverband das Wasser abzugraben, indem sie selber ihrem Personal zulegen. Wie es aber manchmal mit der Zulage aussieht, beweist die Firma Fürstenau. Dieselbe bezahlte vor der Ausperrung die Kranken- und Invalidenbeiträge selbst, nach der Ausperrung legte sie dem Hilfspersonal 50 Pf. pro Woche zu. Diese müssen aber nun ihren Teil der Beiträge selber bezahlen, so daß die Zulage gleich Null ist. Redner forderte noch auf, treu und fest zusammen zu halten und nicht durch persönliche Sachen sich vom Verbande abzuwenden.

Lange (Buchbinder) forderte die Anwesenden auf, die Pionierarbeiten zu machen, indem ein jeder in der Fabrik neue Kämpfer und Streiter zu werben sucht, das Gehörte zu beherzigen und danach zu handeln. Denn die Zeit ist längst vorüber, wo die Frau noch ein richtiges Heim hatte, denn nach einmal 11stündiger Arbeitszeit kommt sie körperlich und geistig abgemattet nach Hause, soll noch die Kinder versorgen und den Haushalt in Ordnung bringen und so weiter. Darum auf, Ihr Arbeitskolleginnen, zeigt, daß auch Ihr begriffen habt, wo Euer Platz ist; tretet ein in Eure Organisation und werdet tüchtige Mitkämpfer Eures Verbandes. Laßt Euch nicht wegen der Extrabeiträge zurückschrecken, wie die Kollegen des Kunstbrucks, die noch nicht begriffen haben, welchen Nutzen der Verband hat. Denn was den Kollegen und Kolleginnen in Berlin, Leipzig und Stuttgart passiert ist, kann auch Euch zu jeder Zeit treffen.

Müppert (Buchbinder) regte an, mit den Buchdruckern und Steinbruckern in Fühlung zu treten, damit wir bessere Gelegenheit haben, etwas für uns zu schaffen.

Frl. Defand (Hilfsarbeiterin) ging nochmals näher auf die Extrabeiträge und die Verhältnisse am Orte ein.

Nach einigen unwichtigen Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Dresden. „Gewerkschaften und die Alkoholfrage“, so lautete Punkt 1 der Tagesordnung unserer am 8. September abgehaltenen öffentlichen Versammlung. Das Referat hierzu hatte Genosse Küngehal übernommen. Er begann sein Referat damit, indem er ausführte, daß man in vielen Gewerkschaften jetzt der

Alkoholfrage näher trete, da derselbe ein großes Gemmiss in der Arbeiterbewegung bilde. Durch eine nach Prof. Reichelbaum-Bien entworfene Tafel weist er auf die verschiedenen durch Alkoholgenuss entstehenden Krankheiten hin. Er bezeichnert es auch als einen großen Irrtum, wenn öfters gesagt werde, daß Alkohol gegen Cholera oder andere Krankheiten gut sei und verliest ein Gutachten von 600 holländischen Aerzten gegen den Alkohol. Von den in Siedens- und Frenshausen sich befindlichen Personen fanden allein $\frac{1}{2}$ der Patienten Aufnahme durch die Folgen des Alkohols. Auch seien die Kinder von Trütern meist geistig nicht normal. Ferner sei nachgewiesen, daß jährlich 18 000 Leute durch die Trunkucht vor dem Strafrichter kämen. Durch Statistiken sei auch nachgewiesen, daß das deutsche Volk jährlich 3 300 000 Mk. für Alkohol ausgabe. Vielfach sei nun in den Gewerkschaften die Meinung verbreitet, daß die Alkoholfrage die Interessen der Gewerkschaften schädige, was jedoch nicht der Fall wäre, denn in den Gewerkschaften anderer Länder sei man dieser Frage schon bedeutend näher getreten. So gäbe es auch in Zürich im Gewerkschaftshaus keine alkoholischen Getränke. In England zählen bereits 58 Proz. aller Ortsgruppen zu den Alkoholgegnern. Redner erinnert auch an die diesbezüglich auf dem Bremer Parteitag gefasste Resolution. Er zitiert auch den Ausspruch eines hervorragenden Parteiführers auf diesem Parteitag, welcher lautet: „Tod dem Kapitalismus, Tod dem Alkoholismus und Tod der Gottlosigkeit!“ Weiter wendet er sich auch gegen die im Volke verbreiteten Sprichwörter, welche den Trunk verherlichen. Er schließt seine Rede mit der Aufforderung und dem Wunsch, daß sich die Arbeiterschaft mehr wie bisher mit der Alkoholfrage beschäftigen möge. Hieran schließt sich nun eine rege Debatte, in welcher mehrere Anhänger des Arbeiter-Abhinentenbundes gegen den Alkohol reden, und andere Kollegen wieder mäßiges Trinken für das Beste halten. Im Schlußwort stellt der Referent noch einige Entgegnungen und Vorwürfe richtig und betont, daß man doch einem gesunden Geisteslicht Bahn brechen wolle und die Jugend zu kräftigen Tugenden im Kampfe gegen die besitzende Klasse, welche jetzt die schärfsten Mittel zur Unterdrückung der Arbeiter anwende. Der Vorsitzende B. Kohl sprach seine Genugtuung darüber aus, daß eine so rege Debatte stattgefunden habe, und erklärt, daß man in nächster Zeit bemüht sein werde, noch mehrere solcher schreidenden Vorträge zu veranstalten.

Unter Punkt 2, Gewerkschaftliches, hebt der Vorsitzende zunächst die Vorzüge des verstorbenen Kollegen Klein hervor und ehrt die Versammlung das Andenken an dem Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Weiter gibt er bekannt, daß am Freitag, den 21. September, abends 7 Uhr, eine Versammlung im Volksbause stattfindet, in welcher Kollege Albert aus Breslau das Referat übernommen habe. Er bemerkt, daß man die Versammlung deshalb auf einen Wochentag und etwas zeitig angelegt habe, um einmal jedem Kollegen und jeder Kollegin Gelegenheit zu geben, dieselbe besuchen zu können. Hierauf nimmt Kollege D. Kohl das Wort zur Extrafest. Derselbe ist der Meinung, da hier in Dresden so viele Kollegen und Kolleginnen wegen der hohen Beiträge und dem jetzt hier herrschenden schlechten Geschäftsgange ihren Austritt erklären, man doch dem Verbandsvorstande anheim geben soll, die Extrafeste fallen zu lassen. Hierzu verliest er der Versammlung eine von der Ortsverwaltung aufgesetzte Resolution. Kollege Garloff ist auch der Meinung, daß man die Resolution unterstützen solle, und ist dafür, daß in die Resolution noch der Zusatz aufzunehmen sei, die Extrafeste spätestens mit dem 1. Oktober fallen zu lassen. Man müsse die in nächster Zeit wieder einsetzende gute Konjunktur auszunutzen versuchen, dies sei aber mit den hohen Beiträgen nicht möglich. Man wolle damit nicht etwa am Verbandsvorstand sein Mißtrauen kühlen, aber im Interesse unserer Zahlstelle und um die jetzige Mitgliederzahl nicht wieder zurückgehen zu lassen, müsse man so handeln. Kollege Lange ist der Meinung, daß wir als aufgeklärte Arbeiter eigentlich für die Opfer eintreten müssen, er sehe sich aber veranlaßt, durch die vielen Klagen der Hauskaffierer, wonach viele Mitglieder der hohen Beiträge wegen austreten wollen, ebenfalls für die Resolution zu stimmen. Er fordert auch die anderen Kollegen auf, die darüber geklagt haben, sich zum Wort zu melden, damit es nicht beim Verbandsvorstand heiße, die Verwaltung habe die Mitglieder nicht über die Notwendigkeit der Extrafeste aufgeklärt. Um aber die Mitglieder zu Kämpfern zu erziehen, müsse die Extrafeste wegfallen. Kollege Zettel ist ebenfalls für hohe Beiträge, wendet sich aber scharf gegen die Berliner Maßfeier. Kollege Weinke erklärt, daß bei ihm auch die Mitglieder jedesmal fragen, wie lange die Extrafeste noch gehe, da selbige nicht mehr zahlen wollten. Man werde es auch am Quartalsabschluss an den Nesten merken. Weiter wendet er sich ebenfalls gegen die Berliner Maßfeier, welche den Kampf vorzeitig heraufbeschworen habe, und bemerkt, daß, wenn

andere Zahlstellen einmal kommen würden und zu solchem Zwecke Geld verlangen wollten, dann die Berliner gewiß dagegen sein würden. Die Resolution, die gegen eine Stimme angenommen wurde, lautet:

Die heutige Versammlung erucht den Verbands-Vorstand im Interesse der schlecht bezahlten Mitglieder und um ein Sinken der Mitgliederzahl zu verhüten, um Aufhebung der Extrasteuer, spätestens am 1. Oktober.

Zum Schluß wendet sich Kollege Lange gegen den Schriftführer wegen der in Nr. 35 enthaltenen Bemerkung. Er verwahrt sich entschieden dagegen, dem Kollegen K. Müller etwas eingegeben zu haben.

Breslau. Die hiesigen Kollegen hielten am Sonntagabend, den 15. September bei Siebert eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die zwecks Neuwahl eines zweiten Vorsitzenden notwendig geworden war. Vor Beginn der Versammlung fand eine, den Vorsitzenden, Kollegen Albert, persönlich betreffende Angelegenheit ihre Erledigung. — Als dann wurde an Stelle des abgereisten Kollegen Pohl Kollege Reugebauer zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Nachdem dann noch das zum Stiftungsfeste am 11. November nötige beschloffen und der Stand der Tarifbewegung in Breslau bekannt gegeben worden war, las der Vorsitzende auf Wunsch ein interessantes Kapitel über das Christentum vor, worauf 11 1/2 Uhr die Versammlung geschlossen wurde.

Berlin. Eine verhältnismäßig gut besuchte Morgensprache der Berliner Luxuspapierarbeiter und Arbeiterinnen fand am 9. September statt, die sich

insbesondere mit dem letzten Generalversammlungsbeschlusse betr. die Erhebung der Extrabeiträge beschäftigte. Von den meisten Kollegen und Kolleginnen wurde das rücksichtslose Vorgehen eines Teiles der Buchbinderbranche scharf kritisiert, der sogar ohne Rücksicht auf die Verhältnisse anderer Branchen aus dem engsten Gesichtswinkel heraus Beschlüsse faßt, die den Betroffenen dann später selbst als unerfüllbar erscheinen. Wurden doch Fälle zur Sprache gebracht, wo Mitglieder, die sich in der Generalversammlung noch unter den Ausgesperrten befanden, stramm für die Erhebung der Extrabeiträge stimmten, während sie kurze Zeit darauf, als sie sich wieder in Arbeit befanden, weigerten, diese hohen Sätze zu zahlen.

Für die männlichen Berufsangehörigen der Branche hielten mehrere Redner es vielleicht noch eher für möglich, ohne nennenswerten Schaden für die Organisation die hohen Beiträge ein halbes Jahr zu erheben; den meisten weiblichen jedoch — darüber war man fast nur einer Meinung — sei es fast zur Unmöglichkeit gemacht, diese Sätze zu zahlen; denn daß man Kolleginnen, die mit 6, 7, 50, 9 Mk. und ähnlichen, in der Luxuspapierbranche leider noch ziemlich häufig vorkommenden Löhnen bei diesem hohen Beitrag werde halten können, scheint fast ausgeschlossen, da schon jetzt sehr zahlreiche Klagen von den Werkstüben-Vertrauenspersonen eingelaufen sind, daß die weiblichen Mitglieder in erschreckender Zahl ihren Austritt erklären.

Es wurde allerdings anerkannt, daß die Luxuspapierbranche zum großen Teil selbst die Schuld

indirekt daran trage, daß solche folgenschweren Beschlüsse gefaßt wurden, da eine Lauberei in dem Versammlungsbesuch seitens dieser Branchenangehörigen herrsche, der natürlich unter den obwaltenden Umständen zu ihrem Schaden ausschlagen muß. Deshalb es allseitig als erste Pflicht anerkannt wurde, in Zukunft für einen besseren Versammlungsbesuch zu agitieren, dann würde es auch nicht mehr so leicht passieren, daß Vertreter von gegnerischen Ansichten heruntergeschrien werden, wie es nachgerade in jenen Versammlungen zur Mode geworden ist. Die nachstehende, im Auftrage der Branchenleitung eingebrachte Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die am 9. September tagende Morgensprache bedauert nach reiflicher Aussprache den Beschluß der Generalversammlung betr. die Erhebung der hohen Lokalzuschläge auf diese lange Zeit. Sie steht auf dem Standpunkt, daß es der Organisation nur zum Schaben gereichen muß, da es unmöglich ist, die Organisationsverhältnisse in der Luxuspapierbranche dabei zu erhalten, geschweige denn weiter auszubauen.

Insbesondere ist es bei den sprichwörtlichen schlechten Löhnen der Arbeiterinnen dieser Branche eine Unmöglichkeit, bei diesen Beiträgen die weiblichen Mitglieder zu erhalten.

Sie appelliert deshalb an die bessere Einsicht der großen Masse der Zahlstellenmitglieder, sowie insbesondere an diese der Ortsverwaltung, daß sie diesen Verhältnissen Rechnung tragen und eine baldige Abänderung herbeiführen wird.“

➤➤➤ Anzeigen. ➤➤➤

Berlin
Montag, den 24. September 1906
abends 8 Uhr
Branchen-Versammlung
aller in Albumfabriken beschäftigten
::: Arbeiter und Arbeiterinnen :::
im „Luisenstadt-Kasino“,
Draniensstr. 180.
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart. Refer.: Kollege Star.
2. Neuwahl des Branchen-Vertrauensmannes.
3. Branchenangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet 603 [2,50]
Die Ortsverwaltung.

Unserem treuen u. pflichterfüllten Kollegen und Kassierer **Aug. Oberst** zu seiner Abreise von hier nach Pforzheim ein
herzliches Lebewohl!
Die Zahlstelle Schw.-Gmünd.

Unserem lieben Kollegen
Robert Fette
zu seiner Abreise von hier nach Stuttgart ein
herzliches Lebewohl!
Die Zahlstelle Halle a. S.

Unserer lieben Kollegin
Jda Taubert
zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Die organisierten Kolleginnen u. Kollegen der Firma G. Pohl, Leipzig-Pl.

Tüchtige Etuistischer
sofort gegen hohen Lohn in dauernde Stellung gesucht.
Geißt & Gilmer, Etuisfabrik, Mainz.

Gesucht
Kartonnagen-Werkmeister
608] und [2,60
Kartonnagen-Zuschneider.
Angebote befördert Rudolf Woffe, Berlin SW., unter D. Z. 520.

Etuist-Arbeiter
auf bessere französische Etuis verlangt
Adolf Kann, Berlin, Ritterstr. 76.

Kostenfreier
Arbeitsnachweis für Buchbinder
O. Th. Winckler
Leipzig
Seeburgstrasse 47
Papier- und Lederwaren
Buchbindereibedarf
Einrichtungen
für Laden und Werkstatt
zu günstigsten Bedingungen

Patentverkauf
oder Lizenzerteilung!
Der Inhaber des D. R. P. Nr. 145 685 betr. „Schachtelantennelebensmaschine“ wünscht seine Patentrechte an Interessenten abzutreten bezw. letzteren Lizenz zur Fabrikation zu erteilen und bittet gefl. Anerbieten an das Patentanwaltsbüro Robert R. Schmidt, Berlin SW. 61, Büchergelände 3, gelangen zu lassen. [600

Wichtig für Buchbinder!
Günstigste Gelegenheit zur Gründung
:: einer Gratulationskarten-Fabrik ::
Prägeplatten verkaufe ich ca. 80 Prozent unter Anschaffungswert!
Die gesamten Prägeplatten und Stanzen aus dem Konkurs der Gratulationskarten-Fabrik Trips & Ritz, Dresden, sind 612] einzeln zu spottbilligen Preisen zu verkaufen: [19,80
Heissdruck und Relief mit Schnitt . . . 2.— bis 15.— Mk.
2.— „ „ 10.— „
Gleikwunschhefte für Heiss- und Monogramdruck . . . 1.— „ 5.— „
Ansätze „zum Geburtstage“ usw. . . 50 Pf. „ 1,50 „
Verse für Konfirmations- und Trauerkarten 1.— „ 8.— „
Ca. 2000 Dessins liegen in den Fabrikräumen zur Ansicht aus und kann Besichtigung jederzeit (auch Sonntags) stattfinden. Günstige Konditionen.
A. RITZ, Dresden-A., Fürstenstr. 97.

Etuist-Fertigmacher
in Westfalen u. Schmund geg. hohen Lohn sof. gesucht. H. Neuhaus, Lüdenscheid, Königstr. 8.
Berlin. Berlin.
Tanz-Unterrichtsinstitut
Felix Hoppe.
Sonntag, den 7. Oktober 1906
nachmittags 3 Uhr
im Köpenicker Hof, Köpenickerstr. 174

Wieder-Eröffnung
Anmeldungen nehme schon jetzt entgegen.
Nachdem: **Großer Ball.**
Hierzu ladet ergebenst ein 614] [4.—
Kollege Felix Hoppe, Tanzlehrer,
Köpenickerstr. 161
(M. d. B. T.-V.)

Zerbrochene Gold- und Silbersachen, Kehrgold, Gummi, Watte
kauft Goldschmelzerri Willy Thiele
Leipzig, Nordstr. 3.
Schnelle Bezahlung. Sofortige Kasse.

Uhren u. Goldwaren
kaufen die Kollegen
gut und billig
bei
H. D. Diebscher
Leipzig-Neustadt, Alleeustraße 16
Alle Reparaturen an Uhren und Goldwaren
billig, gewissenhaft und schnell.

Einsendungen für die Zeitung sollen bis spätestens Dienstag früh in den Händen der Redaktion sein, nur kleinere Zuschriften und Inserate können bis Dienstag Abend Berücksichtigung finden.

